Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 55 (1975-1976)
Heft: 3

Artikel: Die Rolle der Philosophie in der DDR : Bemerkungen zur Auflage des "Philosophischen Wörterbuches"
Autor: Fischer, Michael W.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-163082

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

MICHAEL W. FISCHER

Die Rolle der Philosophie in der DDR

Bemerkungen zur 10. Auflage des «Philosophischen Wörterbuchs»

Die Feststellung, dass Philosophie *politisch* ist, gilt als trivial. Sie ist politisch entweder mittelbar oder unmittelbar: Mittelbar insofern, als der Philosoph immer in einer konkreten politisch-ökonomischen Gesellschaft lebt, deren Beeinflussungsfaktoren er sich nicht entziehen kann –, unmittelbar insofern er seine Gesellschaft und ihr politisches System thematisiert, sei es um die Faktizität zu erfassen oder über sie zu triumphieren oder Rückkehr zu Traditionsmustern zu postulieren. Philosophie ist aber auch Politikum, *Gegenstand der Politik*. Dies ist sie zumeist in politischen Systemen, wo eine orthodox-ideologische Lehre politische Identität stiften soll. Ideologische Innovation ist dort demgemäss erschwert, denn man leidet unter dem Traditionszwang der Orthodoxie. Hauptaufgabe politisch-philosophischer Beschäftigung derartiger Systeme ist die Kritik derer, die das Interpretationsmonopol zu durchbrechen versuchen, sowie der Nichtgläubigen und Apostaten. Dabei hat der Philosoph noch die Kontrolle der politischen Hierarchie zu gewärtigen, die mit der orthodoxen Lehre identisch ist. Diese intellektuelle Zensur lässt dieselben Möglichkeiten offen wie die rechtliche: Man innoviert mittels einer esoterisch verklausulierten Sprache, man akkommodiert sich dem jeweiligen politischen Trend, oder man schweigt.

Unabhängig von internen Streitigkeiten ist Philosophie primäres Politikum heute in den Ländern des Ostblocks. Der interne Streit verläuft bekanntlich zwischen der UdSSR und China sowie den von ihnen abhängigen Ländern. Man ringt um den Besitz der wahren, richtigen und einzigen Lehre. Philosophie als Gegenstand der Politik verdeutlicht nicht nur der Auftritt hoher und höchster Politiker bei internationalen Kongressen (zum Beispiel A. Abusch, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR – also Ulbrichts alter ego – beim Internationalen Hegel-Kongress in Berlin 1970, oder T. Schiwkoff, Staatsvorsitzender der Volksrepublik Bulgarien, am Weltkongress für Philosophie in Varna 1973), die das Wort zur Philosophie selbst ergreifen, sondern ebensosehr die Apostaten-Jagd auf die Mitglieder der Praxis-Gruppe in Jugoslawien und ebenso Mao-Tse-Tungs philosophische Geisterbeschwörung des Konfuzius, um die Landbevölke-

rung zur Technisierung und zur Räson zu bringen (so zumindest in jüngster Version).

Während die Philosophie in westlichen politischen Systemen weitgehend an die Peripherie wissenschaftlicher Beschäftigung gedrängt ist – gilt sie doch als Disziplin professioneller Konfusionsspezialisten –, hat sie in kommunistischen Staaten zentrale, ja systemkonstituierende Funktion. Nach aussen hin und allerseits wird betont, sie sei *die* Wissenschaft, wenn auch in Wirklichkeit Disziplinen, die technokratischen Interessen dienen, bevorzugt unterstützt werden. Öffentlichkeitsgrad und Öffentlichkeitswirkung sind im Ostblock im Vergleich zum Westen unvergleichlich höher.

Wenn eingangs erwähnt wurde, dass jeder Traditionszwang zu einer Orthodoxie innovationshemmend und erschwerend sei, so wird damit nicht die Unmöglichkeit von Innovationen schlechthin behauptet. Schwierigkeiten und Probleme lassen sich am Paradestück parteiorthodoxer Philosophie, dem *Philosophischen Wörterbuch* der DDR, aufzeigen. Dies wird seit 1964 von dem primär als Kybernetiker bekannten *G. Klaus* (der 1974 starb) und dem Philosophiehistoriker und jetzigen Leiter des Zentralinstituts für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften in Berlin – *M. Buhr* – herausgegeben. Hatten die textgleichen Auflagen 1–5 (1964–1966) etwa 1000 Stichwörter, so stieg der Umfang nach der ersten Bearbeitung und Erweiterung auf 1800 Stichwörter (Auflagen 6–9, 1969–1972. In dieser Fassung erschien das Philosophische Wörterbuch auch in der BRD als Lizenzausgabe bei Rowohlt). Nunmehr präsentiert sich das Philosophische Wörterbuch in seiner *10. Auflage* nach nochmaliger Erweiterung um 20% umfangreicher; 60% des bisherigen Inhaltes wurden neu bearbeitet. Die beiden Bände umfassen jetzt knapp 1400 Seiten.

Neubearbeitungen des Philosophischen Wörterbuches sind nicht vordringlich Spiegelbilder neuer wissenschaftlicher Meinungen und Erkenntnisse, sondern *politisch-philosophische Richtlinienentscheidungen.* Rahmen und Orientierungsgrundlage wird hier für die Philosophie als Wissenschaft, für die Parteiideologie sowie für den politischen Praktiker zumindest vom hierarchischen Mittelbau abwärts festgelegt. Wer und was politisch-relevant dazugehört, wird bestimmt, ebenso das Wie, die Bedingungen. Jenseits des Textes liegen Revisionismus, Sektierertum, bürgerliche und kleinbürgerliche Ideologie.

In der 10. Auflage des Philosophischen Wörterbuchs wurden 64 Stichwörter neu aufgenommen, primär solche, die der *ideologischen Abgrenzung* dienen. Dementsprechend wurden etliche Autoren neu beziehungsweise erweitert zitiert. Nur ein prominenter Name taucht in der 10. Auflage nicht mehr auf: *W. Ulbricht*, ehemaliger Vorsitzender des Ministerrats – früher in 19 Stichwörtern 25mal zitiert – fiel aus dem Kreis der DDR-philosophisch

Zitablen. Ulbricht wurde hauptsächlich aus *systemkonstituierenden Stichwörtern* gestrichen, die insgesamt weitgehend überarbeitet wurden. – Mit der Politik ändert sich die Philosophie, und es ist gut, wenn dies auch die Parteiphilosophen rechtzeitig tun; dies verdeutlicht die relativ starke Mitarbeiterfluktuation.

Gemäss Vorwort des Philosophischen Wörterbuchs sollen Kern und Ausgangspunkt der Darstellung die Werke von Marx, Engels und Lenin sein, daneben aber auch die Dokumente der SED, der Internationalen Arbeiterbewegung sowie – in Bekenntnis zur Vasallenstellung – auch die Dokumente der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Den umfänglichen Schwerpunkt bildet die Darstellung der Kategorien des dialektischen und historischen Materialismus sowie der einzelnen Disziplinen der marxistisch-leninistischen Philosophie. Daneben werden Strömungen, Richtungen, Disziplinen, Grundbegriffe der Geschichte der Philosophie, der gegenwärtigen «bürgerlichen» Philosophie, der modernen Logik, der allgemeinen Methodologie, der Wissenschaftstheorie sowie der philosophisch relevanten Erkenntnisse der Natur- und Gesellschaftswissenschaften, der Kybernetik, der Semiotik, der Informations- und der Systemtheorie abgehandelt. Die Darstellung ist historisch und systematisch gehalten.

Didaktisch ist das Wörterbuch *hervorragend:* Am Anfang jeder Kategorie, jedes Begriffes, jeder Richtung usw. steht eine Definition, zumeist an prägnanter Schlichtheit unübertreffbar. Im Rahmen der politisch relevanten Schlagwörter ist somit das definitorische, parteipolitisch jederzeit anwendbare Minimalwissen festgehalten. Die hervorragende Didaktik garantiert schnelle Orientierung. – Im folgenden sollen nun einige Aspekte der 10. Auflage des Philosophischen Wörterbuchs besprochen und – wo angebracht – auf die vorherigen Auflagen (6–9) zurückgegriffen werden.

Wer ist Marxist?

Die zentrale Frage, wer nach offiziellem Verständnis der DDR als Marxist gilt, wird neu und ausdrücklich behandelt und beantwortet. Die Notwendigkeit zu strikter und deutlicher Abgrenzung ergibt sich unter zwei Blickwinkeln: Zum einen hat die wissenschaftliche Marx-Beschäftigung im Westen unerhört zugenommen, wobei sich der Bogen der Ansätze von hermeneutischer Akribie bis zur Erarbeitung des historischen Kontexts spannt; und für gewisse politische Kreise gilt bereits der, der sich mit Marx beschäftigt, ohne traditionelle Kritik- und Diffamierungsschemas zu verwenden, auch politisch als «Marxist». Zum anderen ist es die Vielheit politisierter Studentengruppen, die sich allsamt das schicke Beiwort «marxi-

stisch» geben. So stellt man im Rahmen des Stichwortes «*Diktatur des Proletariats*» (ehemals von G. Heyden verfasst und nunmehr von D. Weichelt völlig überarbeitet) das Schibboleth für die Zugehörigkeitsbedingungen: «Die Anerkennung der Diktatur des Proletariats unterscheidet den Marxisten von allen bürgerlichen Ideologen einschliesslich der Revisionisten und Opportunisten aller Schattierungen. Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt.» Auf Autorenschaft, Genetik sowie spezifisch historische Erklärbarkeit des bekannten Zitats wird, obwohl keineswegs irrelevant, nicht eingegangen.

Am 5. März 1852 schrieb *Marx* an *J. Weydemever*, der ein Jahr zuvor nach Amerika emigrierte, und dort den Marxismus propagierte: «Was mich betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich nur tat, war erstens nachzuweisen, dass die Existenz der Klassen bloss an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; zweitens, dass der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; drittens, dass diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet» (MEW Bd. 28, S. 507f.). Diese Sätze sind im Kontext einer Kritik des amerikanischen Ökonomen *H. C. Carey*, der ein Verfechter der Klassenharmonie im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft war, sowie des radikalen Demokraten *K. Heinzen*, der oftmals vehement gegen Marx und Engels auftrat, zu verstehen.

Lenin griff dieses Zitat in der spezifischen Situation des Jahres 1917 auf, als sich aufgrund des Krieges Russlands wirtschaftliche Lage rapid verschlechterte – somit ein revolutionärer Boden gegeben war –, und zwar in seiner Arbeit «*Staat und Revolution*»: Beabsichtigtes Ziel Lenins war es, wie er selbst sagt, die Frage nach der Rolle des Staates «als Frage der sofortigen Aktion, und zudem der Massenaktion» (L.W. Bd. 25, S. 399) zu aktualisieren. Im Anschluss an den zitierten Brief von Marx hält Lenin eben unter dem Blickwinkel sofortiger Aktion fest: Die Lehre vom Klassenkampf ist «für die Bourgeoisie allgemein annehmbar». «Der nur den Klassenkampf anerkennt, ist noch kein Marxist, er kann noch in den Grenzen bürgerlichen Denkens und bürgerlicher Politik geblieben sein.» Lenin geht es hier um die Rekrutierung revolutionärer Parteikader, die wohlpräpariert zur sofortigen Massenaktion schreiten können. Aufnahmebedingung ist das Bekenntnis zum Marxismus in der einfachen Formel:

«Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt» (a. a. O., S. 424).

Es ist verständlich, dass das Philosophische Wörterbuch nicht überall die Situationsbedingtheit politischer Formeln, auch ihrer eigenen Klassiker, aufzeigen kann und will. In diesem Falle hat dies aber auch noch einen anderen Grund: Man tut hiermit ein parteioffizielles, selbst auch von den Zitationsautoritäten der Klassiker unabhängiges *Selbstverständnis* kund. Gleichzeitig wird festgehalten, wie einzig und allein legitim die Diktatur des Proletariats ausgeübt werden kann: durch die «marxistisch-leninistische Partei». Somit sind die Bedingungen für westliche Linksbewegungen festgehalten, um dem «sozialistischen Welt-Friedenslager» anzugehören: Parteimitgliedschaft und Anerkennung des Führungsanspruches der sowjetisch orientierten marxistisch-leninistischen Partei als Realisator einer künftigen Diktatur des Proletariats.

Änderungen im Rahmen der systemkonstituierenden Begriffe

Gemäss Vorwort des Philosophischen Wörterbuchs ist Philosophie *Instrument* bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft «durch die Arbeiterklasse unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei». Im Rahmen der systemkonstituierenden Stichwörter wird in der 10. Auflage der *Führungsanspruch der Partei* noch stärker unterstrichen. Als solche wären zu bezeichnen: Autorität, Arbeiterklasse, Demokratie, Diktatur des Proletariats, Eigentumsverhältnisse, Emanzipation, Ethik, Fortschritt, Freiheit, Gerechtigkeit, Klasse, Klassenbewusstsein, Klassenkampf, Leitung, Macht, Marxismus-Leninismus, Moral, Nation, Partei, Parteilichkeit, Revolution, Sozialismus und Kommunismus, Sozialistischer Internationalismus, Sozialistische Überzeugungsarbeit, Staat. Im folgenden wird nur auf wesentliche Änderungen gegenüber der vorherigen Auflage eingegangen.

Völlig neu bearbeitet wurde, wie bereits erwähnt, das Stichwort *Diktatur des Proletariats*. Während die Kurzdefinition der 9. Auflage in der Diktatur des Proletariats «den Ausdruck des Klasseninhalts und der staatlichen Natur und Macht der Arbeiterklasse» sah, wird heute festgestellt: «Die Diktatur des Proletariats wird durch die führende Rolle der die politische Macht ausübenden Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei charakterisiert.» Partei und Staat bilden ihr Zentrum: «Die Diktatur des Proletariats wird durch ein System politischer Organisationsformen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten verwirklicht, an deren Spitze die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse steht und in dem der sozialistische Staat das Hauptinstrument für den Aufbau des Sozialismus ist.» Funktional wird der *Staat* (K. H. Schöneburg, vorher

W. P. Eichhorn) als Instrument der Partei bestimmt, die «die lenkende und leitende Kraft ist». Schöneburg ist auch bemüht, den marxistisch-leninistischen Topos vom «*Absterben des Staates*» realistisch und stringenter zu behandeln. Er dürfe nicht «mit dem Abbau der gesellschaftlichen Organisiertheit und Leitung» gleichgesetzt werden, vielmehr tritt an die Stelle des Staates «eine qualitativ höhere gesellschaftliche Organisation und Leitung», die nur über eine «maximale Entfaltung der sozialistischen Staatsorganisation erreichbar ist». Auch hinsichtlich der Prognose des *Eintritts des Kommunismus* ist man vorsichtiger geworden. Als Entwicklungsetappen werden festgehalten: 1. Schaffung der Grundlagen des Sozialismus, 2. Schaffung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (gemäss Selbstverständnis befindet sich die DDR in dieser Phase), 3. Etappe des allmählichen *Überganges des Sozialismus in den Kommunismus* (R. Kirchhoff/M. Klein, vorher M. Klein). Dieser Übergang ist jedoch «keine kurze Übergangsphase», sondern umfasst, «wie die historischen Erfahrungen der Sowjetunion» zeigen, «einen längeren Zeitraum». Bis dahin richtet man sich ein, indem man «an sozialistische Arbeitsdisziplin» appelliert und die führende Rolle der Partei betont.

Im Rahmen der *Partei* (R. Kirchhoff/M. Klein, vorher: M. Klein) selbst wird «straffe Disziplin» sowie «unbedingte Durchführung der Beschlüsse durch alle Parteimitglieder» neu unterstrichen. Als Liberalisierung ist zu werten, dass der Satz, dass «die Tätigkeit von Fraktionen» zur «Schwächung der Partei» führt und gegen sie «im Interesse der revolutionären Einheit der Partei jede Parteistrafe, bis zum Ausschluss» anzuwenden ist, gestrichen wurde. Jedoch hofft man weiter auf den Tag, der das «Ende der Vorgeschichte der Menschheit» und der «Beginn der eigentlichen Geschichte» ist. Denn dann wird die «*kommunistische Gesellschaft*» sein, die «Gesellschaft der schöpferischen Arbeit und des Überflusses für alle, die Gesellschaft des kulturvollen und sinnvollen Lebens für alle, die Gesellschaft der vollen Entwicklung der vollen Persönlichkeit, der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit». Bis dahin bleibt jedoch die «objektive Notwendigkeit», die «Basis der *Freiheit*» (A. Kosing), und dies ist nichts anderes als «die erkannte und in programmatischen Zielsetzungen formulierte Notwendigkeit», die die «Partei der Arbeiterklasse bewusst und damit in Freiheit gestaltet».

Das Stichwort *Marxismus-Leninismus* (R. Kirchhoff/M. Klein, vorher: M. Klein/W. Maltusch) wurde erweitert: Es wird verstärkt unterstrichen, dass das Wesentliche am Marxismus-Leninismus die geschichtliche Rolle des Proletariats als Schöpfer der sozialistischen Gesellschaft ist. Als seine Bestandteile werden, wie bekannt, hervorgehoben: 1. der dialektische und historische Materialismus, 2. die marxistisch-leninistische politische Öko-

nomie (vorher hiess es: die marxistische politische Ökonomie); 3. der wissenschaftliche Kommunismus, dem breiter Raum gewidmet wird; dieser hat «die Gesetzmässigkeit der praktischen Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse zum Gegenstand». Auch hier finden wir wieder die verstärkte Betonung der Rolle der Partei.

Ein Novum wäre noch unter den systemkonstituierenden Stichwörtern zu erwähnen: *Sozialistische Überzeugungsarbeit* (J. Vorholzer). Es ersetzt den Terminus «Sozialistische Menschenführung» der früheren Auflage – einen rein auf W. Ulbricht zugeschnittenen Artikel. Im Rahmen der sozialistischen Überzeugungsarbeit wird nunmehr *E. Honecker* zitiert und betont, dass «sie Hauptinhalt der sozialistischen Leitungstätigkeit» ist und im «unversöhnlichen Gegensatz zur imperialistischen Manipulierung steht».

Kritik bürgerlicher Sozialwissenschaft

Allgemein ist eine neue und erheblich verstärkte Kritik der *bürgerlichen Sozialwissenschaften* (B. P. Löwe) festzustellen, insbesondere der Politik- und Rechtswissenschaft. Hier setzt sich zentral der junge *B. P. Löwe* in Szene. Zunächst wird darauf hingewiesen, dass die Klassiker der bürgerlichen Sozialwissenschaften (die englischen Ökonomen sowie die deutsche Philosophie) zu den wesentlichen *Quellen* des Marxismus-Leninismus gehören; alles Fortschrittliche wurde von ihnen übernommen. In der Selbstdarstellung bezeichnet man sich als legitimen Erben bürgerlicher Klassik auf qualitativ neuer Stufe. Die heutige bürgerliche Sozialwissenschaft ist jedoch integrierender Bestandteil des ideologischen Kampfes der Bourgeoisie gegen den Marxismus-Leninismus. Sie liefert das ideologisch-theoretische Arsenal zur Verteidigung der bürgerlichen Ordnung sowie zur Erhöhung der Effektivität und Flexibilität bourgeoiser Politik. Eklektizismus ist nicht nur äusseres Merkmal, sondern Wesensbestandteil, und «die herrschende bourgeoise Klasse ‹vermarktet› in ihrem Interesse die Ergebnisse der bürgerlichen Sozialwissenschaft mit dem Ziel einer Effektivierung des von ihr auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet geführten Klassenkampfes». So besteht zum Beispiel eine der Aufgaben der bürgerlichen Philosophie und der bürgerlichen Sozialwissenschaften darin, den *Macht*begriff (B. P. Löwe) «ständig aufs Neue ihren Untersuchungen zu unterwerfen», um «mit ihren theoretischen Schlussfolgerungen dem bourgeoisen Klassenauftrag zu dienen».

Wie bereits bemerkt, ist die Beschäftigung mit der Politikwissenschaft Novum der 10. Auflage. *Politologie* (B. P. Löwe) wird als «bürgerliche sozialwissenschaftliche Disziplin» definiert, «die unter engster Bindung an

die politische Ideologie der Monopolbourgeoisie die entscheidende theoretische Grundlage für den politischen Entscheidungsprozess darstellt und so eine direkte Wirkung auf die Ausarbeitung der bourgeoisen Strategie und Taktik nimmt». Unter dem Begriff *politische Ideologie* (B. P. Löwe) wird dreierlei abgehandelt: 1. Interessen und Ziel der Monopolbourgeoisie; 2. Maoismus-Kritik; 3. Darstellung des eigenen überlegenen Standpunktes: Im Marxismus-Leninismus wird «die politische Theorie oder die politische Wissenschaft identisch gefasst mit der Lehre von den Klassen, vom Klassenkampf, vom Staat, von der Partei, von der Nation, von Krieg und Frieden, von der Strategie und Taktik der Arbeiterklasse, von Ausbeutung und Unterdrückung und von der Errichtung der neuen, sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung». Es werden verschiedene Strömungen und Richtungen der Politikwissenschaft behandelt, so auch der *politische Realismus* (B. P. Löwe), wo unter anderem *H. A. Kissinger* behandelt wird.

Auch die philosophische Beschäftigung und Kritik von Recht und Rechtswissenschaft wurde weiter ausgebaut. Neu wird der Standpunkt *marxistisch-leninistischer Rechtstheorie* (K. A. Mollnau) definiert: sie «beantwortet die Frage, welche Bedeutung das Recht für die Entwicklung der politischen Macht der Arbeiterklasse hat und welches Verhältnis die Arbeiterklasse zum Recht in der Revolution einnehmen muss.» Weil das Recht eine spezifische gesellschaftliche Erscheinung ist, ist rechtstheoretische Beschäftigung immer politischer Natur, erfüllt politische Funktionen. Die *marxistische Staatstheorie* (K. H. Schöneburg) bildet einen Bestandteil des Systems der juristischen Wissenschaften, da Recht und Staat sich wechselseitig bedingen. *H. Kelsens Reine Rechtslehre* (W. R. Beyer) wird ebenso einer Kritik unterzogen (und zwar einer sehr niveauvollen), wie naturrechtliche Ansätze, zum Beispiel der von *R. Marcic*. Die *bürgerliche Staatstheorie* (K. H. Röder) fällt – wie allzu oft – ohne Differenzierung einem Pauschalurteil anheim. «Ihr Wesen besteht im Leugnen und Verschleiern des historisch Bedingten durch die herrschenden sozialökonomischen Verhältnisse der Gesellschaft bestimmten Klasseninhalts des Staates. Sie dient damit der apologetischen Rechtfertigung des bürgerlichen Staates, der als historisch letzte Stufe in der Entwicklung dargestellt wird.» Neben der Kritik bürgerlicher Sozialwissenschaften ist jedoch auch ein verstärkter Kampf an sämtlichen ideologischen Fronten festzustellen.

Der Kampf an den ideologischen Fronten

Schon das Vorwort verdeutlicht, dass zu den Hauptaufgaben des Philosophischen Wörterbuchs der Kampf gegen sämtliche Spielarten des Revi-

sionismus gehört. Dies zeigen die neuaufgenommenen Stichwörter, ebenso die stark überarbeiteten. Man zieht gegen die Geister der Vergangenheit in den Krieg: Gegen Godwin, Proudhon, gegen Stirners und Kropotkins *Anarchokommunismus*, gegen Bakunin, gegen *Anarchosyndikalismus* und *Anarchismus* (R. Kirchhoff/M. Klein, vorher: M. Klein). Letzterer wird als «utopisch-kleinbürgerliche pseudorevolutionäre Ideologie und Bewegung» beschrieben, die in unmittelbarem und krassem Gegensatz «zum wissenschaftlichen Sozialismus» und dem «organisierten politischen Klassenkampf» steht. Im selben Rahmen der Kritik stehen Strömungen wie *Egalitarismus*, *Gleichheitskommunismus*, *Opportunismus*, *Reformismus* und *Zentrismus*.

Die verstärkte ideologische Totenschau hat jedoch aktuelle Gründe: kritisiert man doch mittels ihrer allenthalben im Westen auftretende ideologische Strömungen innerhalb der linken Studentenbewegungen. Eindringlich wird vor *Dogmatismus* (M. Klein/W. Schuffenhauer) gewarnt, da er «politisch» zum «Sektierertum» führt und «die Gefahr ultralinker, pseudorevolutionärer Aktionen» in sich birgt. Im Rahmen des modernen *Opportunismus* (G. Heyden) als «Erscheinungsform bürgerlicher, antimarxistischer Ideologie und Politik innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung» wird besonders «die Leugnung der internationalen Bedeutung des Leninismus, des internationalen Charakters der grossen sozialistischen Oktoberrevolution» verdammt. Man bekennt sich unmissverständlich zum Vorbild der UdSSR. Alles, was von dieser Linie abweicht, verfällt dem Opportunismus. Als theoretische Rechtfertigung dient dem Opportunismus der *Revisionismus* (R. Kirchhoff, vorher: W. Schubardt). Im völlig überarbeiteten Stichwort heisst es, der Revisionismus operiere unter dem Deckmantel «einer Verbesserung, Weiterführung oder Erneuerung des Marxismus beziehungsweise Marxismus-Leninismus oder der Verteidigung des wahren Marxismus» mit dem Ziel, «den wissenschaftlichen und revolutionären Inhalt der Weltanschauung der Arbeiterklasse zu beseitigen und durch bürgerliche Theorien zu ersetzen». Zumeist tritt er mit dem theoretischen Anspruch der Rekonstruktion des «wahren Marxismus», der «authentischen Philosophie von Marx» oder als «pluralistischer Marxismus» auf. Unter anderem polemisiert er gegen «stalinistische, bürokratische Deformationen» und erfüllt damit «objektiv eine konterrevolutionäre Funktion». Gleich blieb die *Imperialismus-Kritik* (G. Heyden): Man hält daran fest, dass sie endgültig in Lenins Schrift «Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus» 1917 formuliert wurde; ebenso gleich die *Kapitalismus-Kritik* (G. Heyden).

Neu ist der förmlich frontale Angriff auf den *Maoismus* (R. Max). Er avanciert in der 10. Auflage des Wörterbuchs zum *primären Feindbild*. Als

geistige Quellen dieser «kleinbürgerlich verwurzelten» Ideologie werden angegeben: Der Sinozentrismus, der Konfuzianismus (dies in bewusster Provokation, denn bekanntlich wird der ideologische Kampf gegen die «geistigen Verschwörer» Konfuzius und Lin Piao geführt), bestimmte sozialutopische Auffassungen aus der Geschichte Chinas, die traditionelle, naive chinesische Dialektik, sowie ein Gemenge von anarchistischen, sozialdarwinistischen und trotzkistischen Gedanken: «Durch das Prisma all dieser Ideen wurden auch Elemente des Marxismus-Leninismus vom Maoismus aufgenommen.» Jedoch: sein Verhältnis zu ihm ist ein «prinzipiell feindliches». Sein Kern ist «Grossmachtchauvinismus», der «in der Gestalt des Anspruchs auf Hegemonie der revolutionären Weltbewegung» auftritt, sein Wesen «Antisowjetismus» und «offener Kampf gegen den Sozialismus». Unter maoistischen Bedingungen – wird betont – ist die Arbeiterklasse «eine politisch rechtlose Klasse». Damit hat die DDR-Philosophie auch offiziell den *Bruch* mit dem Maoismus vollzogen.

Der Angriff gegen China ist leicht zu erhellen: Ist es doch gerade der Maoismus, der gegen hierarchisch verfestigte Eliten – wie wir sie in der Sowjetunion und ihren Satelliten finden – ankämpft: Mao formulierte das Prinzip der Unruhe nicht nur als Prinzip der Philosophie, es wurde auch zur Staatsräson. Nur das Ungleichgewicht ist dauerhaft und absolut, das Gleichgewicht ist zeitlich begrenzt und relativ. Dies beinhaltet die strikte Ablehnung jeglicher auch nur potentieller Harmoniemodelle. Auch die harmonistische Interpretation der künftigen kommunistischen Gesellschaft, wie wir sie im Philosophischen Wörterbuch finden, wird abgelehnt: Nach Mao wird es immer Revolutionen geben, auch wenn das Stadium des Kommunismus erreicht ist. Jede Form einer Harmonietheorie ist nach Mao metaphysisch. So ist man in China bemüht, gegen bürokratische Erstarrung, gegen revolutionäre Erlahmung und schleichende Dekadenz zu kämpfen, dagegen, dass der Marxismus-Leninismus seine «Farbe verlieren könnte». – Die DDR-Philosophie beruhigt sich (Selbstberuhigungen sind für die ideologischen Artikel des Wörterbuchs kennzeichnend, mögen sie auch jeder Realität entbehren) mit der Versicherung, dass die «internationale maoistische Spalterfront» gescheitert sei und fasst zusammen: «Die in den verschiedenen Ländern bestehenden maoistischen Organisationen sind Splittergruppen ohne Massenbasis, die sich in einer fortwährenden Krise befinden.»

Im Rahmen bürgerlicher Theorien verwahrt man sich gegen aktuell oder potentiell *konvergenztheoretische* (H. Schulze) Ansätze. Neu aufgenommen mit mehreren Stichwörtern wurde die *Frankfurter Schule* (A. Gedö). Man setzt sich auch mit den ihr zugerechneten Philosophen eingehend auseinander. Wohl konzediert man den «Frankfurtern», dass sie in der BRD

«Barrieren gegen die Beschäftigung mit marxistischen Ideen» niedergerissen haben, wertet sie jedoch insgesamt als typische Form des sogenannten «Neomarxismus», dessen Marx-Deutung und Marx-Kritik nichts anderes als Kampf gegen den Marxismus-Leninismus ist. Das Spezifische der Ideologie der Frankfurter Schule, der *kritischen Theorie* (A. Gedö), besteht darin, dass sie «einige politische, philosophische und kulturelle Aspekte des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Kritik unterzieht, diese dem Anschein nach absolute und totale Kritik aber letztlich und objektiv in die Apologie des Bestehenden», des «gegenwärtigen Kapitalismus» münden lässt. In diesen Zusammenhang wäre auch die neue und umfangreiche Kritik an Lukacz' *Gesellschaftsontologie* (W. R. Beyer) zu stellen, sowie diejenige am *Strukturalismus* (A. Gedö), der als «französische Mode» des «spätbürgerlichen Denkens» gekennzeichnet wird.

Der *kritische Rationalismus* (G. Richter) wird neu aufgegriffen, da er potentiell zur theoretischen Begründung konvergenzorientierter Auffassungen dienen kann. Insbesondere wird *H. Albert* kritisiert, da er die Annahme formulierte, dass der Kommunismus ebenso wie der Kapitalismus sich auf dem Wege schrittweiser Reformen allmählich wandelt. Ähnlich wie über die Frankfurter Schule fällt das Urteil über den kritischen Rationalismus: « Im Geiste eines liberal-bürgerlichen Pluralismus werden reformistische Ideen entwickelt, die objektiv zur Stabilisierung der imperialistischen Herrschaft beitragen.» Es finden sich auch ideologiekritische Anspielungen auf die BRD, die in aktuell politischem Zusammenhang stehen.

Bezugnahmen zur Bundesrepublik

Im Philosophischen Wörterbuch gibt es mittelbare (allgemein gehaltene, somit auch auf andere westliche Demokratien beziehbare) und unmittelbare Bezugnahmen. Ich möchte folgende herausgreifen: 1. Die Kritik der sozialliberalen Koalition und der Sozialdemokratie; 2. Die Bedingungen des Zusammenlebens von BRD und DDR sowie Perspektiven zur Wiedervereinigung, und 3. die Abgrenzung gegenüber westlichen radikalen Studentengruppen.

1. Neu aufgenommen wurde das Stichwort *Sozialreformismus* (B. P. Löwe/ H. Schulze). Hier wird eine Kritik der bürgerlichen sozialistischen Parteien im allgemeinen unternommen, konkret bezogen jedoch auf die SPD sowie ihren Koalitionspartner. Im Rahmen des Begriffs *Partei* haben bereits R. Kirchhoff und M. Klein festgehalten: «Die bürgerlichen Parteien bezeichnen sich oft demagogisch als demokratische Parteien, als Volksparteien, sogar als sozialistische Arbeiterparteien usw.» Die Kurzdefinition des Sozialrefor-

mismus lautet: «Bezeichnung für die Ideologie und Politik der rechten Führer der Sozialdemokratie. Der Sozialreformismus steht als eine Variante gegenwärtiger bürgerlicher Ideologie und Politik in prinzipieller klassenmässiger und ideologisch-theoretischer Gegnerschaft zum Sozialismus, zum Marxismus-Leninismus». Auch Parolen aus den bundesdeutschen Wahlkämpfen werden aufgegriffen, wenn es heisst, der Sozialreformismus agiere mit Parolen wie «Demokratischer Sozialismus», «Gewandelter Kapitalismus». Dabei bestehe die eigentliche Funktion derartiger Schlagwörter darin, «eine kritische Distanz zum staatsmonopolistischen Kapitalismus vorzutäuschen, um auf diese Weise antikapitalistische Strömungen aufzufangen und gleichzeitig alle Merkmale der sozialistischen Wirklichkeit als nichtsozialistisch, undemokratisch und freiheitsfeindlich zu verleumden.» Der *SPD* wird die Verherrlichung der «sogenannten sozialen Demokratie», der *FDP* die der «freiheitlichen» vorgeworfen, als würde es sich beim Staat um eine «von den Klasseninteressen unbeeinflusste Institution» handeln, die dem «Gemeinwohl» diene. Dadurch wird zum einen «die Realität staatsmonopolitischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse verschleiert», zum anderen die «sozialistische Demokratie unter dem Schlagwort ‹Totalitarismus›» verleumdet.

Beunruhigt ist man auch über die «sogenannte *sozialistische Internationale*», die die bürgerlichen sozialistischen Parteien als internationale Organisation umfasst, da diese «ihren Einfluss auf die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung auszudehnen» versucht. Gelassen gibt man sich jedoch dann wiederum angesichts dessen, dass man im Rahmen des Sozialreformismus eine «tiefe Krise» konstatiert. Denn die Konflikte zwischen den «werktätigen Mitgliedern sozialdemokratischer Parteien und den rechten Führern» verschärft sich. Man fordert zu Abspaltungsprozessen oder, wie es im Philosophischen Wörterbuch heisst, zu «Differenzierungsprozessen» im Rahmen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung auf, zur Bildung von «Parteien und Gruppen von Linkssozialisten, die bereit sind, die vom Sozialreformismus betriebene Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden und mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten». Über Mauer und Stacheldraht wird der «Kampf um die Einheit der Arbeiterbewegung» als «Gebot der Stunde» appelliert.

Zweitens sind die Bedingungen des Nebeneinanderlebens von BRD und DDR unter dem Stichwort *friedliche Koexistenz* (G. Heyden) festgelegt. Es wurde in die 10. Auflage ohne Änderung aufgenommen. Friedliche Koexistenz ist «Klassenwiderspruch» auf «zwischenstaatlicher und internationaler Ebene», eine «spezifische Form des Klassenkampfes, die mit den allgemeinen Normen des Völkerrechts vereinbar ist» und zwar auf ökonomischer, politischer und ideologischer Ebene. Wohl ist friedliche Koexistenz im Be-

reich der Politik, ökonomischen, kulturellen Beziehungen möglich, nicht aber auf ideologischem Gebiet: «Der im Interesse der Völker liegende Sieg der friedlichen Koexistenz hat den unversöhnlichen ideologischen Kampf gegen die imperialistische Ideologie zur Voraussetzung. Hier gibt es keinerlei ‹Ausgleich› oder ‹Mischmasch› der Ideologien, sondern nur prinzipielle Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie.» Mit Lenin ist man sich einig, dass sozialistische Revolutionen kein Exportartikel sind, vielmehr ein innerer Prozess innerhalb eines gegebenen Landes. Der kapitalistische Grundwiderspruch kann nur von der Arbeiterklasse «unter Führung der kommunistischen und Arbeiterpartei des gegebenen Landes gelöst werden, wenn im Zuge der evolutionären Entwicklung alle Voraussetzungen für die revolutionäre Beseitigung des alten Regimes herangereift sind».

Von hier aus ergeben sich auch die Perspektiven einer möglichen Wiedervereinigung. Im Zusammenhang mit dem völlig neu bearbeiteten Begriff *Nation* (A. Kosing) verwehrt man sich zwar gegen die «idealistische Auffassung» der BRD von der «Nation als Kulturgemeinschaft»; dies dient den «Theoretikern der westlichen Sozialdemokratie» zur Fingierung eines «angeblichen Fortbestandes einer einheitlichen deutschen Nation unter den Bedingungen der sozialistischen DDR und der kapitalistischen BRD». Dagegen wird jedoch betont: «Die Frage, ob in späterer Zeit, wenn die Arbeiterklasse der BRD im Bündnis mit allen Werktätigen die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft und damit auch der Nation erkämpft haben wird, eine einheitliche sozialistische Nation entstehen kann, wird von der Geschichte entschieden werden, wenn dafür die Bedingungen herangereift sind.» Also: Über Wiedervereinigung entscheidet die Geschichte. Sie scheint bereits entschieden zu haben, unter welchen Bedingungen!

Drittens: Deutlich wird eine Abgrenzung gegenüber radikalen Studentengruppen unternommen, wobei man auch zu Problemen wie die «Rote-Armee-Fraktion» Stellung nimmt. Es heisst: Die praktische Erfahrung zeigt, «dass das staatsmonopolistische System durch anarchistische Protestaktionen nicht zu revolutionieren ist, diese im Gegenteil der herrschenden Klasse nur einen willkommenen Anlass bieten, gegen die revolutionären, marxistisch-leninistischen Organisationen vorzugehen». Ebenso wird die spalterische «linke» Kritik maoistischer Studentengruppen angegriffen. Man macht sich für Autorität noch mehr stark. Den Auftakt dazu gab A. Abusch auf dem Antwerpener Hegel-Kongress mit einer scharfen Disziplinierung anti-autoritärer westlicher Linksbewegungen in seinem Beitrag «Die Autorität der Vernunft». Auch in dem neu bearbeiteten Stichwort *Autorität* (H. Schulze) äussert man sich besorgt: Westliche politische Strömungen bedrohen Autorität durch ihre «spezifisch kleinbürgerliche Reaktion» auf «Macht und Autorität imperialistischer Staaten», die durch «die Ablehnung

jeder Macht und Autorität» in der «sogenannten anti-autoritären Bewegung» zum Ausdruck kommt. Derartige «kleinbürgerliche Konzeptionen» – getragen von «kleinbürgerlichen Intellektuellen» – sehen das Verhältnis von Autorität und Macht «undialektisch» und «unhistorisch». «Sektiererische Isolierung von den Massen» ist unbedingt zu meiden und «Opposition» kann nicht nur «ausserparlamentarische» sein. Autorität ist «inhärentes Prinzip» jeglicher Organisation, insbesondere der «Arbeiterklasse». Der Verzicht auf Organisation verurteilt «jede progressive Bewegung von vornherein zur Ohnmacht», wie ja auch die «Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse ohne eine starke sozialistische Staatsmacht undenkbar wäre». Die DDR-Philosophie weist damit auf den Weg möglicher Zusammenarbeit mit linken westlichen Gruppen hin: Anerkennung des Führungsanspruchs der sowjetisch orientierten marxistisch-leninistischen Partei und ihrer autoritär-hierarchischen Struktur; weg von Anarchie und hin zu Autorität!

Originalität und Traditionszwang

Offen geblieben ist noch die Frage von Änderungen im Rahmen der Philosophie im engeren Sinn; sie sind minimal. Eigentlich wurde nur die Geschichte der Philosophie erweitert durch Stichworte wie chinesische Philosophie, Konfuzianismus (R. Moritz), indische Philosophie (D. Ruben/ H. Rüstau) und Machiavellismus (B. P. Löwe). Der früher bevorzugte Terminus Abbildtheorie wird durch Widerspiegelungstheorie (A. Kosen) ersetzt und durch die Begriffe *Widerspiegelungsrelation* und *Widerspiegelungsprozess* (D. Wittich) ergänzt. Sicherlich könnte man da und dort noch einige Änderungen aufzählen, die aber letztlich nicht ins Gewicht fallen.

Zusammenfassend lässt sich folgendes festhalten: Die Veränderungen gegenüber der alten Auflage betreffen fast ausschliesslich Stichwörter, die der ideologisch-politischen Abgrenzung dienen oder für das eigene System konstitutiv sind. Mit äusserster polemischer Schärfe geht man gerade dort vor, wo es sich um Revisionen im eigenen Lager handelt, sei es nun in der Abgrenzung gegen den Maoismus oder gegen westliche marxistische oder sozialistische Strömungen. Was die Kategorien des historischen und dialektischen Materialismus betrifft, ist eine deutliche *Zunahme der Lenin-Zitate* (manchmal auf Kosten der von Marx und Engels) festzustellen. Ausserdem erscheinen folgende zwei Punkte als problematisch (auf die nicht näher eingegangen werden kann): 1. Die oft ungenetische Zusammenkoppelung und Zitationsweise von Marx und Engels aus verschiedenen Schaffensperioden, ohne die immanente Denkentwicklung und Denkände-

rung der Autoren zu berücksichtigen. 2. Die Eklektik der Klassikerzitate des Marxismus-Leninismus unter Missachtung jedes hermeneutischen Kontexts.

Die Originalität des Philosophischen Wörterbuchs ist gering: sie ist nur dort vorhanden, wo man sich an politisch missliebigem Neuem emporrankt. Originalität erschöpft sich in Kritik! Dies betrifft jedoch keineswegs das eigene System, dessen Wirtschaftsordnung und gesellschaftliche Strukturen nirgends in Frage gestellt werden. Ausser dieser Kritik bewegt man sich weitgehend in der Geschichte der Philosophie oder in der sakrosankten Tradition der Klassiker des Marxismus-Leninismus. Wie für jede unter Traditionszwang stehende Philosophie lässt sich auch für die DDR-Philosophie feststellen: Der Zwang zur Tradition, verstärkt durch den Zwang parteipolitisch konformer Interpretation lähmt Kreativität und schöpferisches Bewusstsein. Sieht man jedoch davon ab (dies trifft für die gesamte Ost-Philosophie zu) und wertet man das Philosophische Wörterbuch gesamthaft, so muss unterstrichen werden: Etliche Stichwörter sind durch hohe Sachlichkeit und reiches Materialwissen gekennzeichnet; didaktischer Aufbau und Allgemeinverständlichkeit sind kaum zu übertreffen. Damit unterstreicht die DDR-Philosophie eindrücklich ihre *führende Rolle* im Rahmen der Philosophie des Ostblocks.